

DOKUMENT 3:**China und UdSSR unterzeichnen
gemeinsames Kommuniqué**

Beijing, den 18. Mai 1989

Quelle: Beijing Rundschau 22/1989, S.12-15

1. Auf Einladung des Präsidenten der Volksrepublik China, Yang Shangkun, hat M. S. Gorbatschow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), vom 15. bis 18. Mai 1989 der Volksrepublik China (VRCh) einen offiziellen Staatsbesuch abgestattet.

Der Vorsitzende Deng Xiaoping traf am 16. Mai mit dem Vorsitzenden Gorbatschow in Beijing zusammen. Die höchsten Vertreter beider Länder tauschten ihre Meinungen zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen und internationalen Fragen von gemeinsamem Interesse aus.

Präsident Yang Shangkun, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), Zhao Ziyang, und Ministerpräsident des Staatsrates der VR China, Li Peng, trafen sich jeweils zu Gesprächen mit dem Vorsitzenden Gorbatschow.

2. Die Staatsführer Chinas und der Sowjetunion erachteten es für nützlich, ihre Ansichten zu den bilateralen Beziehungen auszutauschen. Beide Seiten stimmten darin überein, daß das chinesisch-sowjetische Gipfeltreffen Sinnbild für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Dies entspreche den Interessen und Wünschen der Völker Chinas und der So-

wjetunion und trage zur Wahrung des Friedens und der Stabilität in der Welt bei. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion richte sich nicht gegen ein Drittland und verletze auch nicht die Interessen eines solchen.

3. Beide Seiten erklärten, die Beziehungen zwischen China und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf der Grundlage der weltweit bei zwischenstaatlichen Beziehungen geltenden Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz weiterzuentwickeln.

4. Beide Seiten haben ihre Bereitschaft bekundet, alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern auf dem Verhandlungswege beizulegen. Sie seien dazu verpflichtet, unter keinen Umständen die Anwendung von Waffengewalt anzudrohen, einschließlich der Nichtbenutzung der Landwege, Wasserwege oder des Luftraums eines Drittlandes an der Grenze des jeweils anderen Landes.

Beide Seiten vertraten die Auffassung, daß die strenge Beachtung der obigen Grundsätze dazu beitragen werde, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern

zu errichten.

5. Die Staatsführer Chinas und der Sowjetunion bestätigten die Erklärung der Außenminister beider Länder zur Kampuchea-Frage vom 6. Februar 1989 und führten im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen einen umfassenden und eingehenden Meinungsaustausch über die Lösung der Kampuchea-Frage.

Beide Seiten haben den Beschluß Vietnams zur Kenntnis genommen, seine Truppen bis Ende September 1989 unter wirksamer internationaler Aufsicht vollständig aus Kampuchea abzuziehen.

Sie äußerten ihre Besorgnis und halten es für wichtig, daß nach dem vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen in Kampuchea kein Bürgerkrieg ausbricht und das künftige Kampuchea ein unabhängiges, friedliches, neutrales und blockfreies Land wird. Deshalb erklärten sie ihre Unterstützung der nationalen Versöhnung mit Beteiligung der vier Parteien in Kampuchea. Die chinesische Seite trat für die Bildung einer provisorischen Koalitionsregierung aus vier Parteien unter der Führung von Samdech Norodom Sihanouk in Kampuchea während der Zeit des Übergangs vom vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen bis zum Abschluß von allgemeinen Wahlen in Kampuchea ein. Die sowjetische Seite bestand darauf, daß die inneren Fragen von Kampuchea, darunter auch die Vorbereitung allgemeiner Wahlen unter internationalen Aufsicht, vom kampucheanischen Volk selber gelöst werden müßten. Sie begrüße die verstärkten Gesprächsbemühungen der Khmer-Parteien untereinander und wolle jede Einigung durch die Parteien von Kampuchea über verschiedene Aspekte der Kampuchea-Frage unterstützen.

Beide Seiten drückten ihre Bereitschaft aus, das Ergebnis von allgemeinen Wahlen durch

das Volk von Kampuchea unter internationaler Aufsicht zu respektieren.

Sie vertraten die Ansicht, daß mit dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea die betreffenden Länder schrittweise ihre militärische Hilfe für irgendeine der Parteien in Kampuchea abbauen und bei Gelegenheit einstellen sollten.

Beide Seiten befürworteten die baldmöglichste Einberufung einer internationalen Konferenz über die Kampuchea-Frage.

Sie bekräftigten ihre anhaltenden Bemühungen um eine baldige gerechte und vernünftige politische Lösung der Kampuchea-Frage. Sie vereinbarten, ihre Gespräche über die Kampuchea-Frage fortzusetzen, einschließlich der in diesem Zusammenhang weiterbestehenden Meinungsverschiedenheiten.

6. Beide Seiten kamen überein, Maßnahmen einzuleiten, um die Streitkräfte in den Gebieten entlang der chinesisch-sowjetischen Grenze auf ein Maß zu verringern, das den normalen, gutnachbarlichen Beziehungen entspricht, und auf mehr Vertrauen und eine dauerhafte Ruhe in den Grenzgebieten hinzuarbeiten.

Die chinesische Seite begrüßte die Ankündigung der Sowjetunion, 75 Prozent ihrer Truppen aus der Mongolischen Volksrepublik abziehen zu wollen, und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die restlichen Truppen innerhalb eines kürzeren Zeitraums möglichst vollständig aus diesem Land abgezogen werden.

7. Beide Seiten befürworteten eine gerechte und vernünftige Lösung der von der Geschichte hinterlassenen chinesisch-sowjetischen Grenzfragen, und zwar auf der Grundlage der bestehenden Verträge über die chinesisch-sowjetische Grenze sowie entsprechend den allgemein anerkannten Prinzi-

pien des Völkerrechts und im Geist der gleichberechtigten Konsultation, der gegenseitigen Verständigung und Kompromißbereitschaft.

Die Staatsführer beider Länder beschlossen, in Übereinstimmung mit den obengenannten Grundsätzen die Gespräche über jene Abschnitte der chinesisch-sowjetischen Grenze zu beschleunigen, wo keine Einigung erzielt worden ist, sowie ein für beide Seiten annehmbares Verfahren zu entwickeln, nach dem für die westlichen und östlichen Grenzabschnitte gleichzeitig eine Lösung gefunden werden kann. Sie ermächtigten die Außenminister beider Länder, falls erforderlich, gesonderte Gespräche über die Grenzfrage zu führen.

8. Beide Seiten kamen überein, aktiv und planmäßig auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens die Beziehungen in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Technik, Kultur und in anderen Bereichen zu entwickeln, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen sowie den Austausch zwischen den beiden Völkern zu fördern.

9. Beide erachteten es für nützlich, Informationen und Erfahrungen über ihren sozialistischen Aufbau und die Reformen auszutauschen sowie einen Meinungsaustausch über die bilateralen Beziehungen und über internationale Fragen von beiderseitigem Interesse zu pflegen.

Meinungsverschiedenheiten zu bestimmten Angelegenheiten sollten dem Fortschritt in den bilateralen Beziehungen nicht im Wege stehen.

10. Beide Seiten vereinbarten, daß die Kommunistische Partei Chinas und die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihre Kontakte und den Austausch gemäß den Prinzipien der Unabhängigkeit, der völligen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung, der Nichteinmischung in die jeweils inneren Angelegenheiten ausbauen werden.

11. Die chinesische Seite hat erneut betont, daß Taiwan ein untrennbarer Bestandteil der VR China ist. China widersetzte sich entschieden jedem Versuch, „zwei China“, „ein China und ein Taiwan“ oder ein „unabhängiges Taiwan“ zu schaffen.

Die sowjetische Seite erklärte ihre Unterstützung für diesen Standpunkt der chinesischen Regierung.

12. Die chinesische Seite hat erneut betont, daß die VR China eine Außenpolitik der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit und des Friedens verfolgt und die grundsätzliche Haltung einnimmt, mit keinem Land ein Bündnis einzugehen.

Die sowjetische Seite erklärte, daß ihre Außenpolitik darin besteht, gestützt auf den Frieden als das höchste Gut, konsequent danach zu streben, eine tatsächliche Abrüstung, einschließlich der der Nuklearwaffen, zu verwirklichen. Nach Meinung der sowjetischen Seite sollte die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten eines anderen garantiert werden. Die sowjetische Seite tritt dafür ein, vor allem den Wert der gesamten Menschheit zu berücksichtigen, und befürwortet, daß die verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme unter der Bedingung der freien Wahl und des Interessenausgleichs in einen friedlichen Wettbewerb treten.

13. Beide Seiten erklärten, daß keine von ihnen eine Hegemonie irgendwelcher Art im asiatisch-pazifischen Raum oder in anderen Teilen der Welt anstrebe. Beide betrachten es als grundlegend für die internationalen Beziehungen, jeden Versuch oder jede Handlung, durch welches Land auch immer, seinen Willen anderen aufzuzwingen oder das Streben nach einer Hegemonie, welcher Art auch immer und wo auch immer in der Welt, abzulehnen.

14. Beide Seiten sind der Ansicht, daß Frieden und Entwicklung in der heutigen Welt

die wichtigsten Fragen sind. Sie hießen die Minderung lange bestehender Spannungen in der Welt willkommen und würdigten die Bemühungen verschiedener Länder um Abrüstung und militärische Entspannung sowie die Fortschritte bei der Lösung regionaler Konflikte. Beide Seiten bekundeten ihre Bereitschaft, ihre jeweiligen Bemühungen in diesen Bereichen fortzusetzen.

Sie treten für ein erweitertes Ansehen der Vereinten Nationen ein und hoffen, daß sie in internationalen Angelegenheiten, bei der Abrüstung und bei der Lösung weltweiter Fragen und regionaler Konflikte eine wichtigere Rolle spielen. Alle Länder, seien sie groß oder klein, stark oder schwach, hätten das Recht, sich gleichberechtigt an internationalen Aktivitäten zu beteiligen.

15. Beide Seiten gaben ihrer Besorgnis über die Weltwirtschaftslage Ausdruck, insbesondere über die sich verschlechternde Wirtschaftslage in den Entwicklungsländern, das sich vergrößernde Nord-Süd-Gefälle und das sich verschärfende Schuldenproblem. Sie halten es für dringend erforderlich, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu errichten, bei der die Interessen aller Völker auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens berücksichtigt werden.

16. Beide Seiten sind der Ansicht, daß es von großer Bedeutung für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Weltzivilisation und eine sich verbessernde Lebensqualität der gesamten Menschheit ist, Lösungen für die weltweiten Probleme in Wirtschaft, Gesellschaft, Bevölkerung, Ökologie und in anderen Bereichen zu finden. Sie erklärten, daß die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen diesen Problemen mehr Beachtung schenken und sich gemeinsam um aufeinander ab-

gestimmte Maßnahmen bemühen müssen, um diese Probleme zu mildern und zu bewältigen.

17. China und die Sowjetunion halten es für notwendig, eine von Grund auf gesunde Entwicklung der internationalen Beziehungen anzustreben. Die chinesische Seite schlug vor, zu diesem Zweck auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz eine neue politische Weltordnung zu errichten, während die sowjetische Seite den Vorschlag machte, neue politische Ideen in den internationalen Beziehungen durchzusetzen.

Die Auffassungen beider Seiten zu den gegenwärtigen internationalen Beziehungen sind in den jeweiligen obenerwähnten Vorschlägen und Konzepten enthalten.

18. Beide Seiten halten es für wichtig, Kontakt und Dialog zwischen den Staatsführern beider Länder zu halten. Sie hätten die Absicht, sich in Zukunft entsprechend zu verhalten. Vorsitzender Gorbatschow lud im Namen der sowjetischen Führung die Genossen Deng Xiaoping, Yang Shangkun, Zhao Ziyang und Li Peng zu Staatsbesuchen in die Sowjetunion ein. Die chinesische Seite bedankte sich für die Einladung. □